



öffentlich

Betreff:

Schulsozialarbeit an allen öffentlichen Potsdamer Schulen

Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen	Erstellungsdatum	30.08.2016
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
14.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Haushaltsaufstellung für 2017 den Ausbau der Schulsozialarbeit an öffentlichen Potsdamer Schulen zu forcieren und das Konzept Schule-Jugendhilfe weiter umzusetzen. Um das bis 2023 erfolgreich abzuschließen, müssen die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden. Der nächste Schritt über die jetzt 15 Stellen hinaus soll mit dem Schuljahresbeginn 2017/18 erfolgen, die weiteren müssen in der Mittelfristplanung ihren Niederschlag finden. Das kommunale Förderprogramm PLUS soll finanziell untersetzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Rahmen der Haushaltseinbringung über die Umsetzung zu informieren.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Entsprechend der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung (11/SVV/0122; 12/SVV/0764 und 15/SVV/0449) wird angestrebt, bis 2023 Schulsozialarbeit an jeder öffentlichen Potsdamer Schule zu etablieren. Mit dem Beschluss des Konzeptes Schule-Jugendhilfe durch die Stadtverordnetenversammlung wurde das konkrete Verfahren zur Auswahl der Schulen festgelegt, solange nicht allen Schulen eine Schulsozialarbeiterin oder einen Schulsozialarbeiter zur Verfügung steht. Darüber hinaus beinhaltet das Konzept das kommunale Förderprogramm PLUS und die entsprechenden Instrumente zur Koordinierung, um die Bereiche Schule und Jugendhilfe künftig besser zu verzahnen und vorhandene Ressourcen für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Potsdam besser zu nutzen. Nach dem nun erfolgten Aufwuchs von 10 auf 15 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sollen im Rahmen des Haushaltes und der Mittelfristplanung die weiteren Schritte folgen. Der reale Bedarf resultiert auch daraus, dass sich mehr Schulen um Schulsozialarbeit beworben haben, als durch die derzeitigen Stellen abgedeckt werden kann.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
DS 16/SVV/0561

öffentlich

Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Betreff: Schulsozialarbeit an allen öffentlichen Potsdamer Schulen

Erstellungsdatum 07.09.2016

Eingang 922: 07.09.16

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
14.09.2016	SVV		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Haushaltsaufstellung für 2017 den Ausbau der Schulsozialarbeit an öffentlichen Potsdamer Schulen zu forcieren und das Konzept Schule-Jugendhilfe weiter umzusetzen. Um das bis 2023 erfolgreich abzuschließen, müssen die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden. Der nächste Schritt über die jetzt 15 Stellen hinaus soll mit dem Schuljahresbeginn 2017/18 erfolgen, die weiteren müssen in der Mittelfristplanung ihren Niederschlag finden. **Zudem ist zu überprüfen, wie das Konzept mit den noch zu entwickelnden Schulstandorten abgeglichen werden kann (Räumlichkeiten für Schulsozialarbeit).** Das kommunale Förderprogramm PLUS soll finanziell untersetzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Rahmen der Haushaltseinbringung über die Umsetzung zu informieren.

gez. P. Heuer P. Schüler M. Finken
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift